

Die Bezahlung und Versorgung von Politikern und Managern

Beiträge auf der 15. Speyerer Demokratietagung vom
24. bis 25. Oktober 2013 an der Deutschen Universität
für Verwaltungswissenschaften Speyer

Herausgegeben von

Hans Herbert von Arnim



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2014 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Konrad Triltsch GmbH, Ochsenfurt

Druck: Meta Systems GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 2197-2842

ISBN 978-3-428-14434-1 (Print)

ISBN 978-3-428-54434-9 (E-Book)

ISBN 978-3-428-84434-0 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die Bezahlung von Führungskräften ist schon immer ein sensibler Bereich, weil sie an Grundfragen des Verständnisses von Demokratie und Marktwirtschaft rührt. Das Thema der 15. Speyerer Demokratietagung besaß zudem besondere Aktualität: Die „Unabhängige Kommission zu Fragen des Abgeordnetenrechts“ unter Vorsitz des früheren Bundesjustizministers Edzard Schmidt-Jortzig hatte ihren Bericht im März 2013 vorgelegt und eine Dynamisierung der Entschädigung von Bundestagsabgeordneten und ihre Erhöhung auf das Niveau von Bundesrichtern vorgeschlagen. Der bayerische Diätenskandal, gemeinhin bekannt als Verwandtenaffäre, obwohl er sich mitnichten in der Beschäftigung von Ehegatten und Kindern von Abgeordneten auf Staatskosten erschöpft, war durch mein am 15. April 2013 veröffentlichtes Buch „Die Selbstbediener. Wie bayerische Politiker sich den Staat zur Beute machen“ ausgelöst worden. Der Bayerische Landtag hatte darauf eine Reihe von Änderungen vorgenommen, und der Bayerische Rechnungshof hatte unter anderem die Zahlungen für Mitarbeiter von Abgeordneten geprüft – mit erstaunlichen Ergebnissen. Dagegen verwehrt der Bundestag dem Bundesrechnungshof seit 20 Jahren solche Prüfungen. Bundestagsabgeordnete verfügen – neben ihrer Kostenpauschale von 4.204 € – über mehr als 20.000 € monatlich (einschließlich der Arbeitgeber-Sozialaufwendungen) allein für persönliche Mitarbeiter. Diese werden, wie eine Sendung des ARD-Fernsehmagazin Report Mainz vom 17.9.2013 anschaulich demonstrierte, auch für den Wahlkampf eingesetzt.

Umso größere Erwartungen hatten sich an die Vorträge zweier zentraler Apologeten geknüpft: Edzard Schmidt-Jortzig und Heinrich Oberreuter, des (alten und neuen) Vorsitzenden der bayerischen Diätenkommission. Siehe dazu aber auch den Beitrag von Arnim.

Nach der Tagung im Oktober 2013 nahm die Aktualität des Themas noch zu, da der Bundestag den Kommissionsbericht tatsächlich zur Vorlage seiner jüngsten Diätengesetzgebung machte und – als Reaktion auf den bayerischen Diätenfall – weitere Änderungen des bayerischen Abgeordnetengesetzes erfolgten; die CSU veröffentlichte sogar einen „Verhaltenskodex“ für Politiker, der zum Beispiel die Zweckentfremdung staatlich bezahlter Abgeordnetenmitarbeiter zum Einsatz für Parteien und Wahlkampf ausdrücklich untersagt. Zur Aktualität trägt auch bei, dass die Antikorruptionseinheit des Europarats (GRECO) einen Bericht über den finanziellen Status von Bundestagsabgeordneten vorbereitet und dafür am 10. bis 14. März 2014 eine Anhörung in Berlin vornahm.

Die Thematik des Bandes geht aber weit über Abgeordnetendiäten hinaus. Sie betrifft auch die Nebeneinnahmen von Politikern (siehe den Beitrag von Christian

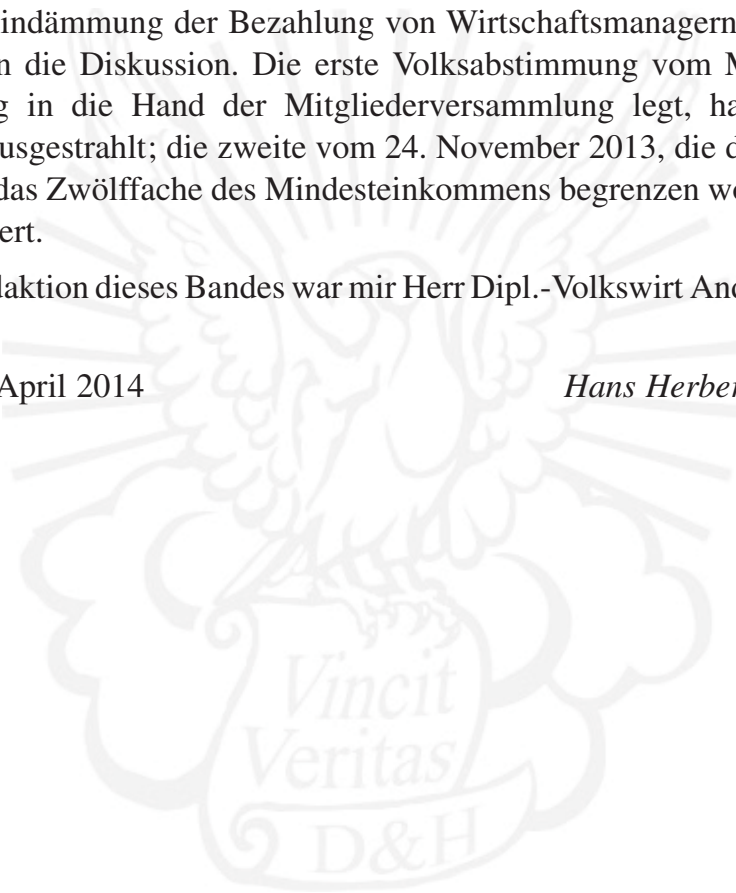
Humborg), den finanziellen Status von Regierungsmitgliedern und kommunalen Wahlbeamten (Bernhard Zentgraf). Hermann K. Heußner stellt den Pflichten von Amtsträgern Pflichten von Bürgern gegenüber.

Der Bezahlung von Wirtschaftsbossen widmen sich Jörn Ipsen und Andreas Föller. Die Einkommen deutscher Manager sind seit Mitte der Neunzigerjahre sehr viel schneller gestiegen als die Einkommen ihrer Mitarbeiter. Ihren bekanntesten Repräsentanten hat das Oberlandesgericht München bescheinigt, vor Gericht „ersichtlich unwahre“ Aussagen gemacht zu haben, weshalb sie sich jetzt einem Strafverfahren gegenübersehen. Die Empfehlungen der Good Governance Kommission, die zunächst einmal gescheiterte Novelle zum Aktiengesetz und die schweizerischen Initiativen zur Eindämmung der Bezahlung von Wirtschaftsmanagern brachten auch diese erneut in die Diskussion. Die erste Volksabstimmung vom März 2013, die die Bezahlung in die Hand der Mitgliederversammlung legt, hatte auch nach Deutschland ausgestrahlt; die zweite vom 24. November 2013, die die Managergehälter gar auf das Zwölfwache des Mindesteinkommens begrenzen wollte, war allerdings gescheitert.

Bei der Redaktion dieses Bandes war mir Herr Dipl.-Volkswirt Andrei Király eine große Hilfe.

Speyer, im April 2014

Hans Herbert von Arnim



Inhaltsverzeichnis

<i>Joachim Wieland</i>	
Begrüßung	9
<i>Edzard Schmidt-Jortzig</i>	
Die Bezahlung und Versorgung von Abgeordneten vor dem Hintergrund der Vorschläge der Schmidt-Jortzig-Kommission	11
<i>Heinrich Oberreuter</i>	
Der finanzielle Status bayerischer Landtagsabgeordneter	19
<i>Hans Herbert von Arnim</i>	
Die Bezahlung von Politikern: Art, Höhe und Verfahren	31
<i>Jörn Ipsen</i>	
Qualitätskriterien für Politiker und Führungskräfte der Wirtschaft und der Stel- lenwert des Geldes	57
<i>Christian Humborg</i>	
Nebeneinnahmen von Politikern und Korruption	65
<i>Hermann K. Heußner</i>	
Politik ohne Geld: Die Pflicht der Bürger zur Kontrolle der Politiker	73
<i>Sebastian Frankenberger</i>	
Politik und Geld	95
<i>Bernhard Zentgraf</i>	
Der finanzielle Status von Regierungsmitgliedern und kommunalen Wahlbeam- ten	99
<i>Andreas Föllner</i>	
Richtlinien für die Bezahlung von Vorstandsmitgliedern von Aktiengesellschaft- ten und Sparkassendirektoren	111
Verzeichnis der Autoren	119